

Pressestatement

Reimann zur GVSG-Anhörung: „Einfach mehr Geld für Ärzte heilt noch keine Patienten“

Berlin, 13. November 2024

Anlässlich der heutigen Anhörung zum Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz (GVSG) fordert die Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Dr. Carola Reimann, sektorübergreifende Reformansätze.

„Im vollmundig angekündigten Herbst der Reformen waren von Anfang an etwas zu viele Bälle in der Luft. Am Ende ist es aber das vorzeitige Ampel-Aus, das zum Scheitern all der ambitionierten Gesetzesvorhaben führen könnte. Nach den letzten Verlautbarungen der größten Oppositionsfraktion, der CDU/CSU, droht auch dem GVSG die sogenannte Diskontinuität.

Dabei ist dieses Gesetzesvorhaben inhaltlich vielversprechend gestartet. Es wurde dann allerdings im Ampel-Streit zerrupft und von der FDP um seine anspruchsvolleren Komponenten gekürzt. Was Lindner und Lauterbach für die Abgeordneten im Deutschen Bundestag davon übriggelassen haben, ist ein reines Honorarverbesserungsgesetz für Hausärzte in städtischen und wohlhabenden Regionen. Statt mehr und gezieltere Versorgung und Ansprechmöglichkeiten für Patienten in ländlichen oder sozial schwachen Gebieten zu schaffen, stünde ein reines „Gute-Vergütungs-Steigerungs-Gesetz“ zur Abstimmung.

Aber einfach mehr Geld für Ärzte heilt keine Patienten und entlastet auch keine Praxen. Was die Menschen dringend benötigen, sind sektorübergreifende Versorgungsansätze, die den effizienten Einsatz der knappen Personalressourcen sowie die Steuerung von Patientenangelegenheiten miteinander in Einklang bringen. Konstruktive Anknüpfungspunkte bilden zum Beispiel auch Primärversorgungszentren. Die AOK-Gemeinschaft hat Vorschläge entwickelt, mit denen drängende Probleme wie die monatelangen Wartezeiten auf Facharzttermine oder die Verstopfung der Notaufnahmen angegangen werden können.

Ich appelliere an die Abgeordneten im Deutschen Bundestag, die Patienteninteressen wieder stärker in den Blick zu nehmen. Darüber hinaus sind nach wie vor die bessere Vernetzung der unterschiedlichen ärztlichen Fachrichtungen und eine bessere Zusammenarbeit mit den Krankenhäusern notwendig. In der neuen Legislaturperiode müssen wir weiter vorankommen.“